

Demokratisch entscheiden und politisch handeln

Situation

Am 15. November 2017 kam es in Simbabwe zu einem gewaltfreien Staatsstreich, bei dem der damalige Präsident Robert Mugabe von der Armee und dem Vizepräsidenten Emmerson Mnangagwa zum Rücktritt gezwungen wurde. Dieser undemokratische militärische Regierungswechsel wirft grundlegende Fragen über die Zukunft des Landes auf. Die grosse Beteiligung der Bevölkerung an den Solidaritätsmärschen in den grossen Städten Simbabwes zeugt vom Wunsch der Menschen, die Geschicke des Landes mitzubestimmen. Lange Zeit beschränkte sich die Beteiligung der Bevölkerung an der lokalen und nationalen Regierung auf den Wahlgang. Dies trifft vor allem auf die marginalisierten Gemeinschaften Simbabwes zu. Simbabwe hat eine lange Geschichte der Gewalt, die auf die Kolonialzeit zurückgeht und sich besonders über die Zeit zwischen den Unabhängigkeitsbestrebungen in den 1960er-Jahren und den 2000er-Jahren erstreckt.

Seit dem Staatsstreich im November bemüht sich die Regierung, politische Reformen umzusetzen. So unterzeichnete sie ein Gesetz für den Frieden und die nationale Versöhnung, um einen Friedensprozess einzuleiten. Darüber hinaus verabschiedeten das Parlament und der Senat ein Gesetz für eine von der Zivilgesellschaft geforderte Änderung der Wahlordnung. Tatsächlich spielt die Zivilgesellschaft bei einem unabhängigen und gerechten Verlauf der nächsten Wahlen eine zentrale Rolle. Diese wichtigen Reformen zeugen davon, dass die Regierung einen Wandel anstrebt. Doch wie so häufig in Simbabwe bleibt die Umsetzung der Reformen eine Herausforderung.





Ziele

Wichtigstes Ziel des Projekts ist es, einen Beitrag zur Schaffung einer dynamischen demokratischen Kultur zu leisten, die frei ist von Gewalt und an der alle BewohnerInnen des Landes ohne Angst teilnehmen können.

Die spezifischen Ziele sind:

1. Stärkerer Konsens bei Advocacy-Fragen, um genügend Menschen für die Bestimmung der politischen Prioritäten und einen Wandel zu erreichen.
2. Unterstützung des Programms «Youth Empowerment and Transformation Trust» (YETT), das 30 Organisationen vereint, bei der Advocacy-Arbeit bei den Regierungsbehörden, damit diese mehr Verantwortung übernehmen, Transparenz walten lassen und Fragen der Entwicklung besser behandeln.

Zielgruppe

«YETT» fokussiert seine Advocacy-Strategie auf marginalisierte Personen, Regierungsministerien, unabhängige Kommissionen, parlamentarische Ausschüsse und die Partner von HEKS.

Aktivitäten

Die wichtigsten Massnahmen des Projekts sind:

- Durchführung einer Studie, in der die Daten über die Teilnahme der BürgerInnen an politischen Prozessen gesammelt werden;
- Organisation von zwei Advocacy-Meetings mit 30 Partnern, um über Fragen zu debattieren, die anschliessend PolitikerInnen vorgelegt werden;
- Erstellung von drei Analysen des Jahresbudgets, um sechs Berichte über die Bedürfnisse der Begünstigten zu verfassen;
- Einleitung eines Prozesses zur Einbindung aller zehn Landesprovinzen in den politischen Wandel;
- Veranstaltung von zwei nationalen Konferenzen mit 20 EntscheidungsträgerInnen aus der Politik und je 40 VertreterInnen von Partnerorganisationen und Begünstigten.

Partnerorganisationen

Das Programm «Youth Empowerment and Transformation Trust» (YETT) wurde 2004 ins Leben gerufen. Es arbeitet mit der Unterstützung lokaler Jugendorganisationen, um die Mitwirkung der Jugendlichen an einer nachhaltigen und friedlichen Entwicklung des Landes zu gewährleisten.

Land, Region, Stadt:

Simbabwe

Projektsumme 2019:

CHF 50 000.–

HEKS-Nr.: 768.385

Programmverantwortung:

Valentin Prélaz

Kontakt

HEKS Kommunikation

Projektdienst

Seminarstrasse 28

8042 Zürich

Tel.: +41 44 360 88 10

E-Mail: projektdienst@heks.ch

Spenden: PC 80-1115-1

www.heks.ch